

Sessionsvorschau

Frühjahr 2026 (2. - 20. März 2026)



Überblick

Nationalrat			
Nr.	Titel	Haltung SBV	Behandlung im Rat
25.063	Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (EP 27) (Geschäft des Bundesrates)		03.03.26 und weitere Tage
25.058	Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSVA.		09.03.26
25.3624	Weiterentwicklung. Teilrevision SVAG (Geschäft des Bundesrates)		11.03.26
25.3624	Lernenden für die gesamte Lehrzeit die Grenzgängerbewilligung erteilen (Motion)		16.03.26 19.03.26
25.3113	Änderung der Raumplanung zugunsten von bestehenden bewohnten und teilweise bewohnten Gebäuden ausserhalb der Bauzone (Motion)		17.03.26
26.3002	Massnahmen gegen Gefälligkeits- und mangelhafte Arztzeugnisse zulasten von Arbeitgebern und Sozialversicherungen (Motion)		19.03.26
25.3956	Anpassung der Schwerverkehrsabgabeverordnung (Motion)		
Ständerat			
25.300	Einführung einer Elternzeit auf Bundesebene (Standesinitiative)		03.03.26
25.4416	Unterstützungsleistungen des Bundes in Naturkatastrophenfällen (Motion)		04.03.26
25.4608	Wachsende SBB-Immobilienenerträge zugunsten der Bahninfrastruktur einsetzen und so den Bund entlasten (Postulat)		04.03.26
25.3424	Freiwillige Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters in der AHV attraktiver machen (Motion)		05.03.26
25.4638	Anpassung der Beschaffungsschwellenwerte zur Stärkung der Schweizer Unternehmen (Motion)		09.03.26
25.063	Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (EP 27) (Geschäft des Bundesrates)		09.03.26 und weitere Tage
22.319	Massvolle Entwicklung in Weilerzonen (Standesinitiative)		11.03.26
25.068	«Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» Volksinitiative und indirekter Gegenentwurf (Geschäft des Bundesrates)		11.03.26
24.3587	Massnahmenpaket zur Übergangsfinanzierung von AHV und Armee mittels befristetem "Sicherheitsprozent" (Motion)		12.03.26
24.096	JA zu Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung. (Geschäft des Bundesrates)		17.03.26
25.304	Für eine konkrete Unterstützung bei den wachsenden Herausforderungen der dualen Berufsausbildung. Erlernen einer Zweitsprache soll in der Lehrlingsausbildung obligatorisch werden (Standesinitiative)		17.03.26
25.3233	Justierung der Schuldenbremse des Bundes (Motion)		18.03.26

24.073

Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente
(Geschäft des Bundesrates)



19.03.26

Nationalrat

ÄNDERUNG bei 25.063 Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (EP 27) (Geschäft des Bundesrates)

Der SBV spricht sich dafür aus, dass die Einlagen weder in den NAF noch in den BIF gekürzt werden. Der Nationalrat sollte zumindest dem ständerätlichen Vorschlag beim BIF (Massnahme 39) folgen. Ferner setzt sich der SBV dafür ein, dass Berufsbildung im Vergleich zur akademischen Bildung nicht noch weiter benachteiligt wird. Daher bitten wir den Nationalrat um die Annahme der Vorschläge des Bundesrats bei den Massnahmen 6, 7, 26, 27 und 28.

ÄNDERUNG bei 25.058 Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSWA. Weiterentwicklung. Teilrevision SVAG (Geschäft des Bundesrates)

Zwar ist der SBV für eine Weiterentwicklung der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), so dass diese künftig auch elektrisch angetriebene Fahrzeuge einbezieht. Doch der SBV fordert eine pragmatische und planbare Umsetzung: Elektrisch angetriebene Fahrzeuge sollten wie ursprünglich geplant nicht vor dem Jahr 2031 der LSVA unterstellt werden. Die Vorlage sollte zudem die notwendige Planungs- und Investitionssicherheit gesetzlich verankern, insbesondere im Hinblick auf die künftige Tarifentwicklung und die Obergrenzen der LSVA-Höchstsätze. Zudem sind die vorgesehenen Rabattregelungen verbindlicher auszugestalten, um eine verlässliche Grundlage für unternehmerische Entscheide zu schaffen. Schliesslich ist sicherzustellen, dass die Vorlage der Technologieneutralität verpflichtet bleibt und nicht einzelne Innovationen willkürlich bevorzugt oder benachteiligt werden.

JA zu 25.3624 Lernenden für die gesamte Lehrzeit die Grenzgängerbewilligung erteilen (Motion)

Die Motion hilft, den administrativen Aufwand zu verringern, ohne migrationsrechtliche Probleme zu verursachen. Das Bauhauptgewerbe kann als Branche mit vielen Grenzgängern nicht nachvollziehen, warum Lernende eine G-Bewilligung nicht direkt für die gesamte Lehrdauer (2, 3 oder 4 Jahre) erhalten, sondern sie jedes Jahr erneuern lassen müssen.

JA zu 25.3113 Änderung der Raumplanung zugunsten von bestehenden bewohnten und teilweise bewohnten Gebäuden ausserhalb der Bauzone (Motion)

Im Rahmen der Behandlung der Geschäfte der Kategorie IV ist die Motion 25.3113 traktandiert. Der Vorstoss betrifft gemäss Schätzungen des UVEK rund 600'000 Gebäude. Aus Sicht des SBV müssen die Renovierung oder der Wiederaufbau solcher Gebäude an bereits erschlossener Lage für den Wohnungsbau möglich sein, um den Verfall zu verhindern. Zudem soll das gesamte Bauvolumen genutzt werden können. Auch betreffend Schonung der Grünflächen macht der Vorstoss Sinn, da diese Flächen ja bereits überbaut sind und in Zukunft besser genutzt werden sollen.

JA zu 26.3002 Massnahmen gegen Gefälligkeits- und mangelhafte Arztzeugnisse zulasten von Arbeitgebern und Sozialversicherungen (Motion)

Der Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer ist für die Bauunternehmen ein sehr wichtiges Anliegen. Indes sind missbräuchliche Fälle von «Gefälligkeitszeugnissen», also eine ärztliche Bestätigung für einen Arbeitsausfall, obwohl keine Krankheit vorliegt, nicht von der Hand zu weisen. Deshalb unterstützt der SBV den Vorstoss.

NEIN zu bei 25.3956 Anpassung der Schwerverkehrsabgabeverordnung (Motion)

Eine Erhöhung der LSVA per 1. Januar 2027 kommt viel zu kurzfristig. Die Transportbranche bräuchte deutlich mehr Zeit, um sich auf höhere Abgaben und neue Kostenstrukturen einzustellen. Dasselbe gilt für die Kunden. Verträge, Preise und Logistikprozesse lassen sich nicht innerhalb weniger Monate anpassen. Eine überstürzte Umsetzung gefährdet Arbeitsplätze und schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Transporteure. Statt Schnellschüssen braucht es eine sorgfältig abgestimmte, planbare Weiterentwicklung der LSVA.

Ständerat

NEIN zu 25.300 Einführung einer Elternzeit auf Bundesebene (Standesinitiative)

Der Vaterschaftsurlaub wurde vor nicht langer Zeit ausgebaut, dies hatte der SBV unterstützt. Die Einführung einer 24-wöchigen Elternzeit lehnt der SBV jedoch wegen den Kosten und der langen Abwesenheit vom Arbeitsplatz ab.

JA zu 25.4416 Unterstützungsleistungen des Bundes in Naturkatastrophenfällen (Motion)

Starke Unwetter können plötzlich auftreten und Infrastruktur zerstören. Man denke beispielsweise an das Jahr 2024 als ein Strassenabschnitt der Autobahn A13 bei Misox zerstört wurde. Starker Regenfall liess den Fluss Moesa ansteigen, der die Nationalstrasse unterspülte. Die San-Bernardino-Route, die zweitwichtigste Verbindung Richtung Süden, war damit zeitweise nur beschränkt nutzbar. Die Vorlage würde es erlauben, in Extremfällen rasch Mittel aus dem Bundeshaushalt zu mobilisieren, falls andere Geldquellen nicht genügen.

JA zu 25.4608 Wachsende SBB-Immobilienenerträge zugunsten der Bahninfrastruktur einsetzen und so den Bund entlasten (Postulat)

Angesichts der stark gestiegenen Mieterträge der SBB Immobilien erscheint eine Erhöhung der Ausgleichszahlungen auf rund 300 Millionen Franken pro Jahr gerechtfertigt. Damit würde der positiven Ertragsentwicklung angemessen Rechnung getragen und zugleich der Bundeshaushalt entlastet.

JA zu 25.3424 Freiwillige Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters in der AHV attraktiver machen (Motion)

Der SBV unterstützt die beiden Forderungen der Motion, einerseits die Zuschläge auf den Rentenbetrag bei Aufschub der Rente zu erhöhen und andererseits den heutigen Kürzungssatz der Altersrente beim Rentenvorbezug von 6,8 Prozent pro Jahr beizubehalten oder zu erhöhen. Angesichts des Fachkräftemangels ist es wichtig, dass die Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters finanziell attraktiver wird.

JA zu 25.4638 Anpassung der Beschaffungsschwellenwerte zur Stärkung der Schweizer Unternehmen (Motion)

Bund, Kantone und Gemeinden müssen regelmässig Güter und Dienstleistungen beschaffen. Das zugehörige Verfahren hängt davon ab, ob der Beschaffungswert eine bestimmte Schwelle überschreitet. Je höher der Wert, desto aufwendiger das Verfahren. Diese Schwellenwerte wurden seit 2019 nicht angepasst, obwohl sich etwa Bauleistungen seitdem um 15 Prozent verteuert haben. Eine Ausschreibung rutscht damit leicht über die Schwelle, obwohl sie sich inhaltlich nicht verändert hat. Der bürokratische Aufwand für die öffentliche Hand als auch die Anbieter hat sich erhöht. Der SBV hält es für sinnvoll, die Schwellenwerte entsprechend der Teuerung anzuheben und eine vorhersehbare und transparente Methode mit allen betroffenen Akteuren festzulegen.

ÄNDERUNG bei 25.063 Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (EP 27) (Geschäft des Bundesrates)

Der SBV spricht sich dafür aus, dass die Einlagen weder in den NAF noch in den BIF gekürzt werden. Der Nationalrat sollte zumindest dem ständerätlichen Vorschlag beim BIF (Massnahme 39) folgen. Ferner setzt sich der SBV dafür ein, dass Berufsbildung im Vergleich zur akademischen Bildung nicht noch weiter benachteiligt wird. Daher bitten wir den Nationalrat um die Annahme der Vorschläge des Bundesrats bei den Massnahmen 6, 7, 26, 27 und 28.

JA zu 22.319 Massvolle Entwicklung in Weilerzonen (Standesinitiative)

Der SBV unterstützt das Ziel der Standesinitiative, eine massvolle Weiterentwicklung der bestehenden Weilerzonen zu ermöglichen und mehr Flexibilität zu schaffen. Durch die Schliessung von Baulücken findet eine Verdichtung innerhalb der verkehrlich bereits erschlossenen Weilerzonen statt. Somit können auch diese dazu beitragen, dass trotz wachsender Bevölkerung die Bauzonenflächen nicht auf die grüne Wiese ausgeweitet werden müssen. Selbst wenn Baulücken durch Neubauten geschlossen werden, kann das Ortsbild der Weiler erhalten bleiben.

Ja zu 25.068 «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» Volksinitiative und indirekter Gegenentwurf (Geschäft des Bundesrates)

Der SBV unterstützt eine Politik zur Stärkung der langfristigen Stromversorgungssicherheit. Die Sicherstellung einer CO₂-neutralen Versorgung mit einheimischem Strom garantiert der gesamten Wirtschaft, insbesondere der Industrie und Baubranche, Sicherheit, bezahlbare Preise und Wettbewerbsfähigkeit. Der SBV unterstützt den Gegenvorschlag des Bundesrates und erachtet es als zweckmässiger, das Neubauverbot für Atomkraftwerke über eine Revision des Kernenergiegesetzes aufzuheben statt über eine Verfassungsänderung, wie es die Initiative verlangt.

NEIN zu 24.3587 Massnahmenpaket zur Übergangsfinanzierung von AHV und Armee mittels befristetem "Sicherheitsprozent" (Motion)

Die Stossrichtung der Motion, die 13. AHV-Rente über eine temporär höhere Mehrwertsteuer anstatt über Lohnabgaben zu finanzieren, ist zwar richtig. Jedoch sollte die Mehrwertsteuer erst später steigen, da die prognostizierten Defizite geringer ausfallen. Zudem muss es gelingen, die AHV derart strukturell zu reformieren, dass kein Bedarf an Mehreinnahmen besteht. Daran gemessen enttäuschen die Eckwerte des Bundesrats zur AHV 2030, die kaum strukturelle leistungsseitige Anpassungen vorsehen. Ebenfalls ist der jüngste Vorschlag, die Mehrwertsteuer für die Armee drastisch um 0.8 Prozentpunkte anzuheben, etwas zu viel des Guten; eine tiefere Anhebung für Armee und AHV gemeinsam sollte genügen.

JA zu 24.096 Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung (Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen) (Geschäft des Bundesrates)

Der SBV bittet den Ständerat, sich dem Nationalrat anzuschliessen. Denn nur seine Formulierung stellt sicher, dass Mindestlöhne in Branchen mit einem allgemein verbindlichen Gesamtarbeitsvertrag

Vorrang vor kantonalen Bestimmungen haben. Nur so wird die Motion Ettlín umgesetzt, die Version des Bundesrats ist zu unverbindlich und gewährleistet nicht den geforderten Schutz der Sozialpartnerschaft. Ein solcher Anwendungsvorrang ist notwendig und verfassungskonform.

NEIN zu 25.304 Für eine konkrete Unterstützung bei den wachsenden Herausforderungen der dualen Berufsausbildung. Erlernen einer Zweitsprache soll in der Lehrlingsausbildung obligatorisch werden (Standesinitiative)

Ob es Sinn macht, die Zweitsprache in der Beruflichen Grundbildung weiter zu vertiefen, hängt vom Beruf ab. Am besten können die Branchenverbände einschätzen, welche Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt für die einzelnen Berufsbilder nachgefragt werden. Ein flächendeckendes Obligatorium mittels Gesetz ist nicht zielführend. Bereits heute verbringen Lehrlinge nur 12.5 Tage pro Monat auf der Baustelle, um die praktischen berufsbezogenen Fähigkeiten zu erlernen. Ein zusätzlicher Sprachunterricht könnte diese Zeit weiter reduzieren.

NEIN zu 25.3233 Justierung der Schuldenbremse des Bundes (Motion)

Die Schuldenbremse hat sich bewährt. Ihre Einfachheit hat zu einer moderaten Staatsverschuldung und hohen Beliebtheit im Volk geführt. Die vorgeschlagenen antizipativen Elemente würden die Handhabung der Schuldenbremse verkomplizieren, ihre Akzeptanz damit schmälern. Eine Anpassung der Schuldenbremse würde die Tür für weitere Änderungswünsche öffnen, wodurch sie letztlich geschwächt werden könnte.

ÄNDERUNG bei 24.073 Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente (Geschäft des Bundesrates)

Der SBV lehnt eine Finanzierung der 13. AHV-Rente durch höhere Lohnabgaben ab. Die Lohnnebenkosten im Bauhauptgewerbe betragen bereits über 3 Prozent. Eine weitere Erhöhung reduziert die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zur Konkurrenz, senkt die Anreize zum Arbeiten und steigert die Baukosten. Stattdessen ist die Variante mit einer höheren, zeitlich begrenzten Mehrwertsteuer zu bevorzugen. Zudem sollte die AHV strukturell leistungsseitig reformiert werden.

Ihre Ansprechpersonen beim SBV

Leiter Politik und Kommunikation

Lukas Oesch

Tel. 058 360 76 30

lukas.oesch@baumeister.ch

Klima, Energie und Umwelt

Louis Ducret

Tel. 058 360 77 01

louis.ducret@entrepreneur.ch

Arbeitsrecht und Sozialversicherungen / Infrastruktur und Mobilität

Matthias Engel

Tel. 058 360 76 35

matthias.engel@baumeister.ch

Raumplanung und Wohnungsbau

Romana Heuberger

Tel. 058 360 76 36

romana.heuberger@baumeister.ch

Wirtschaft und Finanzen

Martin Maniera

Tel. 058 360 76 40

martin.maniera@baumeister.ch

Schweizerischer Baumeisterverband

Weinbergstrasse 49 / Postfach

8042 Zürich